

Steuern nur für Dumme

Noch bevor die drei BundesrätInnen Micheline Calmy-Rey, Hans-Rudolf Merz und Joseph Deiss zum Abschluss der Verhandlungen der Bilateralen II nach Brüssel reisten, erklärten Schweizer Banker nicht nur ihre Zufriedenheit über das Abkommen, sondern kündigten auch sofort ihren EU-KundInnen Anlageprodukte an, welche die Umgehung des Zinssteuer-Abkommens ermöglichen. Und Vertreter des Eidgenössischen Finanzdepartements zweifeln, ob dieses Abkommen den EU-Ländern die erwarteten Steuermilliarden bringen wird.

Zuhanden der EU soll nun die Schweiz Steuern auf Zinseinkommen aus Anleihen und Sparheften von AnlegerInnen aus der EU erheben, jedoch nicht auf Einkommen aus Aktienfonds, aus gemischten Fonds mit einem Anteil von Obligationen von weniger als 40 %, aus Investitionen in Derivative, Gold und andere Metalle. Ebenso gelten die vereinbarten Steuern nicht für Unternehmen, Stiftungen oder Briefkastenfirmen von EU-InvestorInnen, sowie für EU-BürgerInnen, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben. Der Steuerexperte Thomas Jaussi, der im Auftrag des früheren Bundesrates Kaspar Villiger eine Expertenkommission zum Zinsbesteuerungsabkommen geleitet hatte, kommentierte gegenüber der Wochenzeitung Cash verächtlich: «Diese Steuern zahlen wahrscheinlich nur die Oma oder der Opa mit einem 100 000-Franken-Depot, die nicht darauf hingewiesen werden, dass sie optimieren könnten.» Cash titelte dazu kurz und bündig: «EU-Zinssteuer? Ätsch ... Bätsch!» (19.5.04)

Das Zinssteuer-Abkommen wird als Erfolg der Schweizer Diplomatie gefeiert. Zweifellos wird nun das dubiose Geschäft mit der Steuerflucht weiter blühen können, Heerscharen von Anwälten werden ihr Geld mit der Gründung von Scheinfirmen und undurchschaubaren Stiftungen verdienen, der Finanzsektor – schon heute gefährlich gross – wird weiter wachsen und die Grossbanken noch mächtiger machen. Die Schweiz als Steuerparadies bleibt uns erhalten!

Mascha Madörin